



Bürgerliche Freiheit und staatliche Überwachung

Beschlussvorlage des Landesvorstandes der Jungen Union Landesverband Braunschweig
zur Vorlage an den Landesverbandstag 2015 in Helmstedt

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass technische Neuerungen, die man zur Überwachung nutzen konnte, stets zum Einsatz kamen. Die Grenzen der Überwachung waren somit technischer Art und keineswegs selbstgesetzte. Früher schützte der Staat die Bevölkerung durch Stadtmauern und Wehrtürme. Diese sind heute unbrauchbar. Der Terrorismus diffundiert quasi in unser Gemeinwesen hinein und Kriminalität entsteht aus der Mitte unserer Gesellschaft heraus. Die Gefahr kommt nicht mehr gut sichtbar von außen, sondern geht von Tätern aus, die unbemerkt unter uns leben.

Weiter haben moderne Kommunikationswege neue Sicherheitsfragen aufgeworfen. Das Internet ist ein digitaler öffentlicher Raum, in dem, genau wie in der realen Welt, Kriminalität stattfindet oder Taten vorbereitet werden. Es steht außer Frage, dass staatliche Sicherheitsbehörden Instrumente nutzen müssen, um diese neuen Formen der Kriminalität zu bekämpfen. Gleichzeitig muss es jedoch gesetzlich definierte Grenzen geben, um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Zwischen diesen beiden Zielen ist ein Konflikt entstanden. Die Freiheitsrechte der Bürger stehen den Sicherheitsbehörden bei ihrer Online-Überwachung im Weg.

Ähnlich verhält es sich bei der visuellen Überwachung durch Kameras im Öffentlichen Raum. Einerseits findet dort Kriminalität statt und es ist die Pflicht des Staates die Bürger vor dieser zu schützen, andererseits beinhaltet die immer umfassendere Überwachung eine gefühlte und tatsächliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit im Öffentlichen Raum.

Überwachung ist keineswegs ein Selbstzweck. Die Möglichkeit, Straftaten rückwirkend aufklären zu können, sowie Hintermänner und Mittäter zu überführen, ist ein Ziel von Datensammlungen, wie z.B. der Vorratsdatenspeicherung. Viel wichtiger ist aber die Antizipation. Einen Terroranschlag in der Nachsicht aufzuklären ist keine anspruchsvolle Leistung, es geht darum Terroranschläge zu verhindern. Folglich ist die Frage, wer die Terroristen waren, uninteressant.

Die Frage ist: Wer wird zum Terroristen? Ähnlich verhält es sich auch im Hinblick auf Kriminalität. Staatliche Überwachung von Kommunikation und vor allem

23 durch Kamerasysteme schützt die Bürger, weil Täter ermittelt werden können und dadurch Wiederholungstaten unterbunden werden und weil auch nur so
24 ein schnelles Eingreifen während der Tat selbst möglich wird.

25 Antizipation soll bei modernen Überwachungssystemen durch Mathematik
26 ermöglicht werden. Computer sollen Menschen auf unterschiedlichste Art und
27 Weise überwachen und Alarm schlagen, wenn jemand eine Gefahr darstellt. Um
28 die Massen an Daten zu selektieren, werden primär Computeralgorithmen
29 verwendet. Wer vermehrt Kontakt zu einer verdächtigen Person hat, wird vom
30 System ebenfalls als verdächtig eingestuft. Die Speicherung von
31 Verbindungsdaten bei der Vorratsdatenspeicherung zielt drauf ab. Wer
32 bestimmte Schlagwörter in Textnachrichten verwendet, wird genauer
33 überwacht. Diese Selektion ist Hauptinstrument von NSA/GCHQ bei der
34 Überwachung Sozialer Netzwerke.

35 Ein zweites Beispiel für computergestützte Antizipation sind
36 Kameraüberwachungssysteme. Die klassische Überwachungskamera kann
37 entweder automatisch aufzeichnen und im Nachhinein unscharfe Bilder einer
38 maskierten Person liefern oder sie ist so viel wert, wie der bedienende
39 Wachmann aufmerksam ist. Erste Softwares versuchen sich bereits darin, das
40 Geschlecht, Alter und die Stimmung von Personen zu erkennen. Diese Systeme
41 funktionieren momentan nur sehr eingeschränkt, aber sie werden in rasantem
42 Tempo weiterentwickelt. Ziel ist eine automatisierte Überwachung durch
43 Software, die menschliches Verhalten einordnen kann und letztlich aus
44 Erfahrung lernt. Als Beispiel bietet sich ein Parkhaus an, wo so ein System zum
45 Einsatz kommen könnte. Überfälle, medizinische Notfälle, Autodiebstähle und

Sicherheit ist die Verantwortung des Staates gegenüber seinen
Einwohnern. Wenn er diese nicht gewährleistet, kann er dann noch
erwarten, dass die Bürger sein Gewaltmonopol akzeptieren? Wenn diese
bedroht werden und der Staat ihnen nicht beisteht, kann der Staat
erwarten, dass die Bürger Leib, Leben, Familie und Eigentum aufgeben. Es
setzt ein Automatismus ein. Die Folge ist der Rückfall in den Naturzustand.
Man ist gezwungen zum *hobbesschen* „Wolf“ zu werden, wenn man nicht
schutzlos werden will. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass es ein
absolutes Paradoxon ist von „liberalen Waffengesetzen“ zu sprechen. Ein
wirklich liberaler Staat würde einen Zustand der Sicherheit herstellen, in
dem sich der Einzelne seiner Schutzrechte sicher sein kann – so sicher,
dass er gar nicht das Bedürfnis hat sich zu bewaffnen. Waffen in den
Händen von Privatpersonen sind die Nachfrage nach einem eigenen
Gewaltmonopol. Ein Staat, in dem sich die Leute bewaffnen müssen, hat
aufgegeben. Die Bürger eines wirklich liberalen Staates müssen Sicherheit
einfordern können und sie müssen verlangen können, dass der Staat, dem
sie das Gewaltmonopol übertragen haben, sie letztlich voreinander zu
schützen.

In Bezug auf die Definitionen von Freiheit wird stets betont, dass die
Freiheit des einen dort endet, wo die des anderen beginnt. Leben/
Unversehrtheit und Eigentum sind im Gesellschaftszustand zu achten.

46 Vergewaltigungen können von einem Menschen, der den Kamerabildschirm
47 überwacht, relativ leicht erkannt werden. Die Software muss hingegen
48 statistisch vorgehen: Hundert Besucher des Parkhauses erzeugen Daten aus
49 denen die Software Rückschlüsse zieht. Die Hundert Personen haben sich weder
50 hingesetzt noch hingelegt. Daraus folgert das System, dass es sich dabei um
51 ‚unnormales‘ Verhalten in einem Parkhaus handeln würde. Sollte eine Person
52 sich im Parkhaus in die Waagerechte begeben, geht die Software von einem
53 medizinischen Notfall aus und schlägt Alarm. Aus den Daten der Besucher
54 berechnet die Software Durchschnittswerte und Extremwerte, die das Verhalten
55 der Menschen in Zahlen ausdrücken. So haben die Personen bspw. eine
56 Durchschnittsgeschwindigkeit von 3,95 km/h. Was hier geschieht ist, dass ein
57 Computersystem ein ‚Normalverhalten‘ von Parkhausbesuchern errechnet. Jeder
58 der von diesem Verhalten abweicht ist ‚verdächtig‘. Solche Normsetzung durch
59 die Technologie wird zweifellos dazu führen, dass viele Menschen ihr Verhalten
60 anpassen werden. Man bekommt einen Anruf im Parkhaus, doch bleibt nicht
61 stehen, um zu telefonieren, weil man keinen Alarm auslösen möchte.
62 Irgendwann wird ein Schild am Parkautomaten angebracht sein, das dieses
63 ‚Normalverhalten‘ formalisiert und zur Hausordnung erklärt. Das Parkhaus ist
64 ein spezieller Ort, in dem sich Menschen relativ ähnlich verhalten, doch der
65 Einsatz dieser Überwachungssysteme ist letztlich überall denkbar. Gerade durch
66 eine funktionierende Gesichtserkennung würden sich die Anwendungsbeispiele
67 stark erweitern. An Flughäfen könnten Kameras Personen melden, die in der
68 Schlange vor der Gepäckkontrolle ‚nervös‘ schauen. In Geschäften könnten

Nach Aristoteles ist die letzte Tugend der untergehenden Zivilisation die Toleranz. Toleranz heißt ertragen / erdulden. Man kann von Niemandem verlangen Kriminalität und Terror zu ertragen. Wer sagt, dass eine Gesellschaft ertragen muss, dass es Kriminalität gibt und Straftäter rückfällig werden können? Wer in der Abwägung die Gesellschaft einem erhöhten Restrisiko zugunsten der Resozialisierungsbestrebungen aussetzen will, der muss auch das Risiko der Verantwortung berücksichtigen. Wer in der Balance zwischen Sicherheit und Freiheit die Allgemeinheit einem vermeidbaren Risiko aussetzt, der macht sich schlicht zum Mittäter. Wir als Junge Union verstehen uns als politische Kraft, die für innere Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung eintritt.

Durch den technischen Fortschritt stehen den staatlichen Sicherheitsbehörden völlig neue Mittel zur Verfügung, um die Bevölkerung zu schützen. Gerade der Überwachung von Kommunikation und des öffentlichen Raumes kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Der Staat kann durch Kommunikationsüberwachung Taten im Nachhinein aufklären und vor allem voraussehen und so verhindern. Zum Wohle der Bürger muss der Staat die technischen Möglichkeiten voll und ganz ausschöpfen, um diese zu schützen. Bei jeder Tat, die im öffentlichen Raum stattfindet, muss staatliches Handeln vor zwei Fragen bestehen. Zum einen stellt sich die Frage, ob Sicherheitskräfte das Opfer

69 Menschen mit Hausverbot beim Hineingehen gemeldet werden. Statistik-
70 basierte Überwachungssoftware ist natürlich unbewusst. Sie entscheidet
71 anhand von dem Verhalten der Mehrheit, was ‚normal‘ ist und welches Verhalten
72 nicht dieser Norm entspricht. Die Folge ist Selbstanpassung und dadurch
73 natürlich eine Art Uniformität im Verhalten. Man darf sich schlicht nicht viel
74 anders Verhalten als die Mitmenschen. Das Hauptproblem mit datenbasierten
75 Überwachung ist, dass individuelle Freiheit eingeschränkt wird indem ein
76 Mehrheitsverhalten als ‚normal‘ deklariert wird. Diese Einstufung geschieht
77 ohne jegliche gesellschaftliche Diskussion, sondern wird einfach statistisch
78 errechnet. ‚Normal‘ ist, wer so ist wie die Anderen.

79
90 Die Logik der Behörden, ihre Tätigkeit immer weiter auszuweiten, betrifft im
91 besonderen Maße den Sicherheitsapparat. Neben einer tatsächlichen oder
92 empfundenen Notwendigkeit zur Überwachung gibt es eine zweite Triebfeder
93 der Überwachungsorgane: Ihre Technischen Möglichkeiten. Die Ursachen und
94 Folgen sind denkbar simpel.

95 (1.) Gibt es erst das technische Instrument, dann wird es zum Sammeln von
96 Informationen genutzt.

97 (2.) Wenn Datenmengen gesammelt wurden, dann werden diese auch auf
98 irgendeine Weise ausgewertet.

99 (3.) Ausreißer in den Daten sind tendenziell verdächtig und man versucht sie zu
100 beseitigen.

101 (4.) Uniformität der Gesellschaft ist die Folge.

hätten schützen können, wenn sie die Tat durch visuelle Überwachung
frühzeitig erkannt hätten? Zum anderen stellt sich die Frage, ob die
Aufklärung einer Tat und damit die Prävention von Folgetaten daran
scheitert, dass Ermittlungsbehörden nicht vollständig auf die Information
zurückgreifen können, die technisch zur Verfügung stehen würden. In
beiden Fällen muss der Staat sich verantworten. Sollte der Schutz von
Opfern daran scheitern, dass der Staat nicht alle Mittel ausgeschöpft hat,
dann trägt er eine Teilschuld. Letztlich ist dann sogar die Legitimation des
staatlichen Gewaltmonopols in Frage gestellt.

102	Die Überwachung wächst mit ihren technischen Möglichkeiten wie Tumor.	
103		
104		
105	<ul style="list-style-type: none">• Die Vorratsdatenspeicherung halten wir für die extremste Form der staatlichen Datensammlung.	<ul style="list-style-type: none">• Der Staat muss aus unserer Sicht eine möglichst umfassende Datenbasis anstreben, um die innere Sicherheit zu maximieren.
106		
107	<ul style="list-style-type: none">• Wir wollen keine britischen Verhältnisse und lehnen pauschale Videoüberwachung des öffentlichen Raumes ab.	<ul style="list-style-type: none">• Wir fordern eine umfassende visuelle Überwachung des öffentlichen Raumes.
108		